

# Vorort

Zeitung für das andere Vaihingen

[www.vorort-vaihingen.de](http://www.vorort-vaihingen.de)

## Parteien fordern, was sie selbst verhindert haben

### Alles vergessen?

Es ist schon erstaunlich, wie manche Parteien vor Neuwahlen gegen ihre eigenen Entscheidungen der vergangenen Jahre demonstrieren. Sie setzen wohl auf den „dummen Wähler“, der alles vergessen hat, was bisher geschah. Während CDU und FDP wenigstens zu ihren neoliberalen und oft asozialen Entscheidungen stehen, versuchen SPD und Grüne den Eindruck zu erwecken, als hätten sie nicht selbst überall mitgemacht.

„Die Mieten steigen, weil Sie nicht bauen, Herr Kuhn“ plakatiert die SPD und fordert, der OB solle schnell mal 30.000 Wohnungen bauen.

Als wäre Kuhn der Monarch, der alles richten kann, wenn er nur wollte. Der Gemeinderat hat plötzlich mit den Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre nichts zu tun. Klar, sonst müssten sie feststellen, dass beide, Grüne und SPD, bei den Entscheidungen, die die Wohnungsmisere verursacht haben, immer ganz vorne mit dabei waren. Beide haben sie eine Städtebaupolitik unterstützt, die Gewerbeansiedlungen zum obersten Ziel erklärt und den Wohnungsbau vernachlässigt.

Beide - die Grünen tatsächlich noch etwas mehr - waren beim Verkauf tausender städtischer Grundstücke und Wohnungen

an profitorientierte Kapitalgesellschaften ganz vorne mit dabei. 22.500 Wohnungen hat allein die Grüne/SPD Landesregierung 2012 an einen Immobilienhai verkauft. Seither explodieren dort die Mieten und langjährige MieterInnen werden auf die Straße gesetzt. Auch für den Abriss von 64 Sozialwohnungen auf der Rohrer Höhe und deren Ersatz durch teure Eigentumswohnungen gaben beide ihre Stimme. Beide verfolgten zusammen mit CDU und FDP eine neoliberale Privatisierungspolitik. Jetzt stehen sie vor dem Scherbenhaufen und wollen es nicht gewesen sein. Auf der Demo gegen Wohnungsnot und Mieten-Wahnsinn demonstrierten sie gegen ihre eigene Politik der letzten Jahre. Die Grünen verkünden: „Klima retten - nicht verhandelbar“ und fordern den Erhalt und die Aus-

weitung von Grünflächen und Frischluftschneisen. Wie passt das zu ihrem bisherigen und aktuellen Stimmverhalten im Gemeinderat?

Dort stimmen sie geschlossen dafür, dass eine der letzten Kaltluftschneisen und Grünflächen in Vaihingen mit einem überdimensionalen Bürokomplex für die Allianz überbaut werden. Auch für die Versiegelung des anschließenden Grüngelands durch Kunstrasenplätze geben sie ihre Stimmen.

Für eine Großbebauung des „Eiermann-Campus“ sind sie bereit 35.000 m<sup>2</sup> Wald in einer Kaltluftschneise zu opfern. Vom einst mit Nachdruck abgelehnten Klimakillerprojekt Stuttgart 21 verlangen sie inzwischen: schneller bauen.

Und ganz aktuell stehen sie voll hinter den Smart-City Plänen der Stadt und der Telekom, deren Realisierung den Energieverbrauch in Stuttgart verzehnfachen wird und die Menschen in Stuttgart der extrem gesundheitsschädlichen Strahlung der 5G-Frequenzen aussetzen wird. Dies zu einem Zeitpunkt, wo andere Städte wie Brüssel und Florenz wegen der nicht absehbaren Risiken einen Ausbaustopp für die 5G-Technik verfügt haben.

## Warum ich bei SÖS für den Gemeinderat kandidiere

von Gerhard Wick

Die Entscheidungen der ParteivertreterInnen im Stuttgarter Gemeinderat haben den Vaihingern wenig gebracht, was ihren Stadtbezirk lebens-



wertiger und gesünder gemacht hätte. Im Gegenteil: Übermäßige Gewerbeansiedlungen an allen Ecken des Bezirks haben Grün- und Erholungsflächen vernichtet und einen nicht mehr beherrschbaren Autoverkehr erzeugt. Konsumtempel ruinieren den zu Fuß erreichbaren Einzelhandel in den Stadtteilen. Kleine Läden in der Ortsmitte wurden durch Spielsalons und Wettbüros ersetzt. Eine nur dem Markt überlassene Wohnungspolitik macht auch in Vaihingen das Wohnen für viele unbezahlbar.

Eine Abkehr von dieser Beton-Politik ist auch jetzt, wo der Klimawandel immer spürbarer wird, nicht zu erkennen.

Seit fast 40 Jahren versuche ich im Vaihinger Bezirksbeirat und zusammen mit Einwohner-Initiativen, diesen verhängnisvollen Entwicklungen entgegenzutreten. Und ich kann feststellen: Hätte man nicht Parteien, sondern die EinwohnerInnen selbst über die Entwicklung des Stadtbezirks entscheiden lassen, vieles wäre anders ausgefallen.

Deshalb engagiere ich mich seit 12 Jahren beim Parteifreien Personenbündnis Stuttgart Ökologisch Sozial und kandidiere auf dieser Liste. SÖS kennt keine „Parteiraison“ und seine Aktiven und KandidatInnen kommen aus Einwohner-Initiativen und Bürgerbewegungen. SÖS-StadträtInnen sehen ihre Aufgabe vor allem darin, deren Anliegen und Forderungen in den Gemeinderat zu tragen. So wie ich schon immer versuche, die Anliegen von Vaihinger Initiativen im Bezirksbeirat zu thematisieren und durchzusetzen.

## Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)

Die Gemeinderats-KandidatInnen aus Vaihingen (Liste 6)



Foto: Güntram Gerst

Anzeige

**Reinhard König** streitet erfolgreich für einen Regionalbahnhof in Vaihingen

**Gerhard Wick** will Klimaschutz statt Allianz und Eiermann Bebauung

**Elka Edelkott** engagiert sich für Geflüchtete und die Beseitigung von Fluchtursachen

**Eva Haag** engagiert sich bei der Vesperkirche, im Kirchengemeinderat und in Einwohner-Initiativen

**Katja Walterscheid** Ist engagiert bei just human

**Theresa Pollinger** verzichtet auf Auto und Smartphone und ist trotzdem mobil

**Gabriele Glassmann** will mehr Entscheidungsbefugnisse für die EinwohnerInnen

## Eiermann-Campus: Weiteres großes Wohn- und Gewerbegebiet in Vaihingen

# Warum auch Wohnungsbau den Klimawandel beschleunigt und das Wohnungsproblem trotzdem nicht löst

Oberstes, ja fast alleiniges Ziel Stuttgarter Städtebaupolitik ist seit vielen Jahren, möglichst viele Unternehmen von immer weiter her nach Stuttgart zu ziehen. Möglichst viele Arbeitsplätze sollen in Konkurrenz mit anderen Städten hier konzentriert werden. Diese von Rommel begonnene, von Schuster forcierte Politik wird inzwischen vom grünen OB und seinem Baubürgermeister einem neuen Höhepunkt entgegengeführt.

Seit Jahren wird diese Linie von allen Gemeinderatsfraktionen gegen die Stimmen von SÖS und später von SÖS/Linke/PluS verfolgt. Aktuelles Beispiel: Die beabsichtigte Allianz Ansiedlung auf Sport- und Grünflächen und mitten in einer Kaltluftschneise in Vaihingen, für die auch noch städtische Wohnungen abgerissen werden. Weil mit den Arbeitsplätzen immer auch Menschen kommen, führt diese einseitige Städteplanung immer wieder zu einem extremen Wohnungsmangel. Verbunden mit dem seit vielen Jahren betriebenen Verkauf

städtischer Grundstücke und Wohngebäude an Private und dem Rückzug der Kommunen aus dem sozialen Wohnungsbau, fehlt es weniger an Raum, in dem man wohnen könnte, als vielmehr an Wohnraum, für den auch Durchschnitts- und Geringverdiener noch die Miete bezahlen können. Immens steigende Grundstückspreise machen einerseits Wohnungsbau immer teurer, andererseits das leerstehende Lassen aus spekulationsgründen lukrativ. Und immer wenn diese politisch verursachte Fehlentwicklungen

zum Sprengstoff zu werden drohen, wollen plötzlich die Verursacher der Misere neue Wohngebiete auf den Restgrün- und Ackerflächen errichten. Auch die grünen „Klimaretter“. Klimaschutz und Großbauprojekte sind aber nicht vereinbar. Bei der Herstellung jeder Tonne Zement werden ca. 850 kg CO<sub>2</sub> freigesetzt. Die Zementproduktion hat einen beträchtlichen Anteil am Klimawandel. Und weil Grünflächen und Böden versiegelt werden, findet auch keine nächtliche Abkühlung der immer heißer werdenden Städte statt. Gleichzeitig ändert sich an der Wohnungsnot und unbezahlbaren Mieten wenig, weil eben nur

„marktkonform“ gebaut wird. Ein Beispiel dafür sind die Pläne für das „Eiermann-Gelände“ im Westen Vaihingens. 1.400 Wohnungen und 1.700 Arbeitsplätze sollen dort entstehen. Dafür will man 35.000 m<sup>2</sup> Wald abholzen. Entwickelt wird das Gebiet von der SSN, Tochter der Consult AG, einem Dax-Konzern mit hohen Renditeerwartungen. Auch die späteren Bauträger sind vor allem an saftigen Gewinnen interessiert. Entstehen werden daher vor allem teure Eigentumswohnungen und hochpreisige Mietwohnungen. Nach dem „SIM Konzept“ der Stadt werden von den 1.400 Wohnungen maximal 90 Sozialwohnungen sein.

## NEUE ANFÄNGERKURSE für Kinder und Erwachsene in Möhringen

0711 / 6787825

[www.ki-aikido-stuttgart.de](http://www.ki-aikido-stuttgart.de)  
[info@ki-aikido-stuttgart.de](mailto:info@ki-aikido-stuttgart.de)



**KI-AIKIDO  
STUTTART**



Wir handeln mit Naturkost,  
weil es um Menschen,  
Tiere und die Natur geht,  
- nicht um Marktanteile!

Bio seit 1983

# Grünschnabel

## Naturkost & Naturwaren

Sigmundstr 1 · 70563 Stuttgart-Vaihingen · T 0711 - 735 25 02



**Autoflott**  
Osterbronnsstraße 14-16  
70565 Stuttgart (Rohr)  
Telefon (0711) 7 35 49 21  
Telefax (0711) 7 35 42 48



# FRISEUR L A B E L

Selma Ülkü  
Inhaberin

Pfarrhausstr. 17  
70563 Vaihingen  
fon: 0711/341 841 0

[www.coiffeur-label.com](http://www.coiffeur-label.com)



## Der gibt uns Sicherheit. Mein Mieterverein.

Der Mieterverein hilft Ihnen bei allen Mietproblemen.

### 0711-210160

Beratungsstellen auch in Bernhausen und Rohr

[www.mieterverein-stuttgart.de](http://www.mieterverein-stuttgart.de)

Moserstraße 5 · 70182 Stuttgart



## Geheimer 2 Mrd. Deal mit der Telekom

Ende Mai wollen Stadt und Region in einem feierlichen Akt einen Vertrag mit der Telekom unterzeichnen, womit dieser der Ausbau des Breitbandnetzes und der Aufbau der krebserregenden 5-G Funk-Technologie für die sog. Smart-City überlassen wird. Eine Information der Öffentlichkeit oder gar eine Beteiligung an den Plänen erfolgt nicht. Auch die Stuttgarter Stadträte wissen nicht, was sie tun. Mit Ausnahme von SÖS/Linke/PluS wollen sie aber alle den Vertrag absegnen. Wie bei den Daseinsvorsorgebereichen Wasser und Energieversorgung, Krankenhäusern und Wohnen soll wieder alles dem Markt überlassen und damit dem Diktat der Profitmaximierung unterworfen werden.

Gäbe es nicht die Mobilfunk-Ini Stuttgart West und den BUND, hätte wohl bis zur Unterzeichnung des Vertrags niemand etwas über das höchst brisante und in seinen Folgen unkalkulierbare Projekt erfahren. Bei einer mit 320 Interessierten stark besuchten Informationsveranstaltung im Hospitalhof informierten Experten über die Planungen und ihre Folgen.

Peter Hensinger, 2. Vorsitzender der Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation Diagnose Funk und SÖS-Kandidat für die Gemeinderatswahl benannte in seinem Impulsvortrag Hintergründe und Gefahren der geplanten „Smart-City“. Er begann mit einem aufrüttelnden Zitat des wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung:

„Die Digitalisierung entfaltet ihre disruptive (also zerstörerische) Kraft mit großer Geschwindigkeit und globaler Reichweite, während ihre Regulierung größtenteils nachteilig erfolgt.“

„Ohne aktive politische Gestaltung wird der digitale Wandel den Ressourcen- und Energieverbrauch sowie die Schädigung von Umwelt und Klima weiter beschleunigen.“

Klare Worte! Denn so, wie es derzeit nahezu unreguliert abläufe, so der Wissenschaftliche Beirat, bestehe die Gefahr einer Steigerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs, der Gefährdung der Freiheit durch BigData und Überwachung.

Prof. Dr. Dirk Messner, nennt vier „schiefe Ebenen“: wachsende Ungleichheit durch die Digitalisierung, eine Machtkonzentration, Aufhebung der Privatsphäre und eine Überforderung der Regierungen. Genau das letztere erleben wir in Stuttgart und der Region. Es läuft unreguliert ab. Nichts Neues, das kennen wir: man überlässt den Investoren das Handeln, so wie bei Stuttgart 21, beim A1 Viertel mit Milaneo und Cloud 7, wie beim Wohnungsbau. Die Gemeinderäte werden oberflächlich informiert,

die Digitalisierung wird reduziert auf: Ihr bekommt schnelles Internet für alle! Die Telekom wird zum Wohltäter! Hinterfragt wird nicht. Eine Bürgerbeteiligung findet nicht statt. Diese Veranstaltung ist Ausdruck davon. Ohne die Initiative von Forum 3, Hospitalhof, diagnose:funk und unserer Mobilfunkinitiative, gäbe es keinerlei Diskussion.



Man soll nicht über die Hintergründe und Folgen diskutieren. Die Stadtverwaltung erklärt sich für nicht kompetent, stellt sich nicht unseren Fragen, ist aber offensichtlich kompetent genug, einem Zwei-Milliarden-deal zuzustimmen: es ist das Stuttgart 21

-Prinzip, eine Mischung aus neoliberaler Wachstumsideologie, Inkompetenz, Abneigung gegen Initiativen der Bürger und nicht zuletzt Machtgehebe.

Zwei Folgen der Digitalisierung sind unbestritten. Jürgen Merks (BUND) hat es in der Wochenzeitung KONTEXT detailliert nachgewiesen: der Ressourcen- und Energieverbrauch wird durch das autonome Fahren, das Internet der Dinge und den steigenden Datenverkehr explodieren.

Die Digitalisierung ist ein Klimakiller.

**Wissenschaft fordert Ausbaustopp für 5G-Technologie**

Die Frequenzen von 5G, werden gesundheitliche Auswirkungen haben. Breitband in Kombination mit 5G wird zur Hauptschlagader der Smart City. Damit die Milliarden Geräte des Internets der Dinge, die Millionen autonomen Autos senden und empfangen können, die Sicherheits- und Militärkommunikation abgesichert ist, sollen in Deutschland 600.000 - 800.000 neue Mobilfunkstationen errichtet werden. Alle 150 Meter soll in Kommunen und an Landstraßen ein 5G-Kleinzellen-Sender funken. Und das von mindestens drei Mobilfunkanbietern, mit drei parallelen Netzen. Das wird die Elektromog-Belastung enorm

erhöhen. „5G ist Russisch Roulette“ – so warnen aktuell zwei US-Radiologen in einem Brandbrief im International Journal of Radiation Oncology. Derzeit werden die Frequenzen um die 3 GHz versteigert. Zu dieser Frequenz liegt noch gar keine Forschung vor. Es gibt aber fünf Untersuchungen zu 5G mit den Frequenzen 27 GHz und 60 GHz, die nach 2020 versteigert werden, mit besorgniserregenden Ergebnissen: Mikrowellenstrahlung im Millimeterwellenbereich in dem das hochfrequente 5G arbeiten soll, koppelt sich z.B. über Hautdrüsen in den Organismus ein, mit unkalkulierbaren Risiken.

Die Forschergruppen fordern einen Ausbaustopp.

Die Ergebnisse neuester Studien, der US-Amerikanischen NTP-, der italienischen Ramazzini- und den umfangreichen österreichischen AUVA-Studien sind eindeutig: Mobilfunkstrahlung erzeugt Krebs.

**Deshalb fordern weltweit renommierte Experten die Eingruppierung in die höchste Stufe „Krebs erregend“.**

Das Büro für Technikfolgenabschätzung des Bundestages teilte dem BUND auf Anfrage mit, dass eine Technikfolgenabschätzung zu 5G frühestens im Jahr 2020 vorliegen wird – dann, wenn alle Frequenzen versteigert sind und die Technik bereits in der Anwendung ist. Für 5 G wird das Vorsorgeprinzip außer Kraft gesetzt. Das ist mehr als organisierte Verantwortungslosigkeit.

**Wir werden in verstrahlten, krankmachenden Städten leben, wenn diese Entwicklung nicht gestoppt und Alternativen durchgesetzt werden.**

Die Präsidentin des Bundesamtes für Strahlenschutz, Dr. Inge Paulini, sagte am 25.2.2019 in der 3sat-Sendung nano:

„Die Personengruppen, die wir besonders im Fokus haben, die besonders schützenswert sind – sind Kinder, Säuglinge, Kranke, alte Menschen. Der Ausbau der 5G-Netze sollte auf jeden Fall so erfolgen, dass sensible Orte, Orte, wo diese Menschen sich auf-

halten - Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser – dass die erst mal ausgenommen werden.“

Ok, Frau Präsidentin. In Stuttgart leben Kinder, Säuglinge, Kranke und Alte nicht nur in Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern. Wenn die Präsidentin also fordert, dass sie nicht der 5G-Strahlung ausgesetzt werden dürfen, dann muss sie für diesen Schutz auch eine konsequente Umsetzung einfordern. Also müssen unsere gesamten Städte und Dörfer vor dem massiven 5G-Aufbau geschützt werden.

**Es gibt Städte, die die Risiken ernst nehmen. Céline Fremault, Ministerin der Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt, erklärte in einem Interview mit L'Echo, dass Brüssel seine 5G-Pläne - zumindest vorerst - stoppt, aus Sorge um gesundheitliche Auswirkungen.** Fremault sagt, dass es für sie „undenkbar ist, die Einführung dieser Technologie zu erlauben, wenn ich die Einhaltung der Normen zum Schutz der Bürger nicht sicherstellen kann. Die Brüsseler sind keine Labormäuse, deren Gesundheit ich mit Gewinn verkaufen kann.“

Weitere Städte, z.B. Genf und Florenz haben einen Stopp von 5G verfügt.

Wir haben OB Kuhn geschrieben, unsere Sorgen mitgeteilt. Seine Antwort: Ihr bekommt keine Antwort! Während die Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen keine Antwort bekommen, bekommt die Industrie 1:1 das, was sie will.

Heute beginnen wir mit einer Unterschriftensammlung für die Region Stuttgart mit der Hauptforderung:

**„Der Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur mit der 5G-Technologie darf nicht ohne Prüfung der Gesundheitsverträglichkeit und ohne Technikfolgenabschätzung erfolgen. Der momentan anlaufende Ausbau ohne eine solche Abschätzung widerspricht dem Vorsorgeprinzip. Deshalb fordere ich einen Ausbaustopp für 5G, bis die gesundheitlichen Folgen geklärt sind!“**

Sammeln Sie im Bekanntenkreis, nutzen Sie den Kommunalwahlkampf.

Die Listen können auf den Internetseiten der Mobilfunkinitiative Stuttgart-West heruntergeladen werden. Dort finden sich auch das hier nur auszugsweise wiedergegebene Referat von Peter Hensinger und die Ausführungen der anderen Referenten im Wortlaut:

<http://mobilfunkstuttgart.de/>

**Was Sie bei der Kommunalwahl beachten müssen:**

Sie können entweder eine unveränderte Liste abgeben. Dann bekommt jede/r der 60 KandidatInnen eine Stimme. Sobald Sie eine Liste verändern, indem sie einzelnen Personen 2 oder 3 Stimmen geben oder welche von anderen Listen übertragen, müssen Sie alle, die Sie wählen wollen, auch positiv kennzeichnen, also mit einer 1,2 oder 3 versehen. Ansonsten verschenken Sie Stimmen. Achten Sie dabei darauf, dass Sie insgesamt nicht mehr als 60 Stimmen vergeben haben. Sonst ist ihr Stimmzettel ungültig. Also: Vor dem Wählen die Anleitung lesen!

**Klimaneutrale Stadt - Absichtserklärungen reichen nicht****„Wir müssen die Regeln ändern“**

**In Kenntnis der absehbaren Klimakatastrophe hat der Gemeinderat vor fast 20 Jahren erklärt, man wolle bis 2050 CO<sub>2</sub> neutrale Stadt sein. CO<sub>2</sub>-neutral bedeutet, es wird nicht mehr CO<sub>2</sub> freigesetzt, als durch Bäume und Pflanzen wieder gebunden wird und nichts mehr in die Atmosphäre entweicht.**

Diese Absichtserklärung wurde vor vielen Jahren mit dem sogenannten Klimaschutzkonzept der Stadt beschlossen. Getan dafür wurde bisher kaum etwas, obwohl die Auswirkungen des Klimawandels immer offensichtlicher und gravierender werden.

**Hannes Rockenbauch**, seit 15 Jahren für SÖS im Gemeinderat, musste kürzlich bei der von seiner Fraktion beantragten Klimadebatte feststellen: Klimaneutral bis 2050 reicht bei weitem nicht. Das Ziel muss spätestens 2035 erreicht sein. Und die dafür notwendigen Schritte müssen sofort eingeleitet werden.

Gerade mal 100 Solaranlagen auf städtischen Dächern seien in den letzten 18 Jahren installiert worden. Notwendig seien aber mindestens 100 pro Jahr und dafür müssten die Mittel endlich in den Haushalt eingestellt werden.

Doch allein mit der Umstellung auf Solarstrom und Windenergie kann eine CO<sub>2</sub>-neutrale Stadt noch lange nicht erreicht werden. Hinzu kommen muss nicht nur eine drastische Reduzierung des Energieverbrauchs und des Autoverkehrs, sondern auch eine Beendigung der Überflusproduktion und der Wachstumsspirale. Dies bedeutet konkret die Beendigung des Klimakiller-Projekts Nr.1, Stuttgart 21 und den Stop der „Smart-City“-Pläne in den Händen der Telekom, deren Umsetzung mit einer Verzehnfachung des bisher schon hohen Energieverbrauchs einhergehen wird.

Die Klimakatastrophe kann nur abgewendet werden, wenn wir die Regeln unseres politischen und wirtschaftlichen Handelns grundlegend ändern. Wir müssen wegkommen von einer Stadt- und Wirtschaftspolitik, die ihren

Erfolg am Erreichen eines ständigen Mehr und Größer misst.

„Jeder Beschluss des Gemeinderats muss künftig daraufhin überprüft werden, ob er mit dem Ziel der Klimaneutralität und dem Ziel, die Stadt gegenüber den Klimaveränderungen widerstandsfähig zu machen, kompatibel ist.“ fordert **Rockenbauch**.

Das gilt für Bauvorhaben und Verkehrsinfrastruktur-Maßnahmen ebenso wie für die Anwendung neuer Techniken wie „autonomes Fahren“ und Digitalisierung. Und damit die Umkehr einigermaßen sozial gerecht abläuft, muss die Stadt alle Bereiche der Daseinsvorsorge, wie Wohnen, Wasserversorgung, Pflege, Kultur, aber auch der Breitbandausbau für schnelles Internet wieder selbst in die Hand nehmen und darf sie nicht Kapitalgesellschaften überlassen der vorrangiges Ziel Renditeerzielung ist. Die nämlich handeln nur klimaneutral, wenn es sich finanziell lohnt und das ist unter den gegebenen Konkurrenz- und Marktgesetzen nie der Fall.

Wirklich CO<sub>2</sub>-neutral heißt aber auch, nicht nur in der eigenen Stadt kein CO<sub>2</sub> mehr in die Atmosphäre zu blasen, sondern auch den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei der Erzeugung der Güter, die hier genutzt und verbraucht werden, mit zu beachten. Ein in Stuttgart gebautes Haus kann in seinem Betrieb klimaneutral sein. Und auch der Bau kann beim Einsatz entsprechender Baumaschinen noch eine gute CO<sub>2</sub> Bilanz aufweisen. Das bei der Produktion von Ze-

**Entscheidungsbefugnisse bleiben bei Null****Und wieder keine Direktwahl der Bezirksbeiräte**

**Alle 5 Jahre wieder verlangen fast alle Parteien und Wählervereinigungen in ihren Wahlprogrammen und auf ihren Plakaten die Stärkung der Stadtbezirke und Entscheidungsbefugnisse für die Bezirksräte. Dazu gehört auch die Direktwahl dieses Gremiums. Und immer, wenn der neue Gemeinderat gewählt ist, lehnen alle die Anträge von SÖS und Linken, dies bis zur nächsten Wahl vorzubereiten und die Mittel dafür in den Haushalt einzustellen, ab.**

So bleibt es auch diesmal dabei: Die Bezirksbeiräte, also das Gremium mit dem direktesten Kontakt zu den EinwohnerInnen, werden nicht von diesen gewählt. Die Anzahl der Sitze, die eine Fraktion erhält, richtet sich zwar nach der Stimmenzahl, die sie bei der Gemeinderatswahl im jeweiligen Stadtbezirk erhalten hat. Wer aber dann auf diesen Stühlen sitzt, bestimmt nicht der Wähler, sondern auf Vorschlag der jeweiligen Fraktionen der Oberbürgermeister. Bezirksbeiräte werden ernannt. Das ist nicht sehr demokratisch. Der Bezirksbeirat muss zwar in Angelegenheiten, die den Stadtbezirk betreffen von der Verwaltung und auch dem Gemeinderat gehört werden, kann aber nichts bindend beschließen.

Zwar werden alle Gemeinderatsvorlagen auch in den Bezirksbeiräten behandelt. Die Stellungnahme des Bezirksbeirats, gilt aber eben nur als Rat, den die Gemeinderäte annehmen oder verwerfen können.

In der Praxis pfeifen Verwaltung und Stadträte in fast allen Fällen auf den Rat der Bezirksbeiräte - wenn sie ihn überhaupt zur Kenntnis nehmen - und entschei-

den, wie sie es davor schon festgelegt haben.

Jüngstes Beispiel: Der Vaihinger Bezirksbeirat hat die Erstellung eines Bebauungsplans für die Allianz-Bürostadt auf Sport- und Grünflächen in allen Schritten mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Ebenso wie alle damit zusammenhängende Folgemaßnahmen (Verlegung des Tiefbauamts und der AWS auf vorgesehene Grünbereiche, den Verkauf städtischer Wohnungen zum Abriss). Keine dieser „Empfehlungen“ wurde außer von der Fraktion SÖS/Linke/PluS gehört.

Wenigstens bekommen die EinwohnerInnen über die Verhandlungen in den Bezirksbeiräten mit, was das Stuttgarter Rathaus mit ihrem Stadtbezirk so alles vor hat. Und sie können seit einigen Jahren unter dem Tagesordnungspunkt „EinwohnerInnen haben das Wort“ zu Beginn der Sitzungen zu den Verhandlungsgegenständen selbst Stellung nehmen und eigene Anliegen vorbringen, die auch an die Verwaltung weiter gegeben werden. Und manchmal werden die Anliegen dann auch von der lokalen Presse aufgegriffen und weiter verfolgt.

**Einsprüche gegen das Allianz Vorhaben noch bis 17.5.2019**

**Mustereinspruch und Unterschriftenlisten auf [www.vaihingen-ös.de/](http://www.vaihingen-ös.de/)**

**Die Auslage-Unterlagen der Stadt finden Sie auf: <https://www.stuttgart.de/item/show/671165/1>**

**Dort können Sie Ihre Bedenken und Anregungen auch per Email-Formular an das Stadtplanungsamt senden.**

ment entstehende CO<sub>2</sub> wird aber eben in Heidelberg oder anderswo in die Atmosphäre geblasen. Auch der Ressourcenverbrauch und Energieaufwand für unsere oft unnötigen Konsumgüter, wie auch der für die Herstellung von Solarzellen findet meist anderswo statt. Für die Klimaveränderung ist aber der Herkunftsort der Klimagase unbedeutend. Nur verlagern wird nicht weiterhelfen. Es muss nach anderen Regeln gewirtschaftet werden.

**Herausgeber:**

VorOrt-Verlag, Stgt.-Vaihingen  
Verantwortlicher Redakteur:

Gerhard Wick

**Verlagsanschrift:**

VorOrt-Verlag

Dürrlwegstr. 4 70565 Stuttgart

Tel: 0711 / 74 29 09

[vorort-vaihingen@arcor.de](mailto:vorort-vaihingen@arcor.de)

Druck: Druckhaus Stil

Auflage: 18 500

**Bankverbindung:**

VR-Bank Stuttgart

IBAN:

DE40 6009 0100 0100 0150 00